Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 1

Rubrik: Chronik der kommunistischen Staaten im Jahr 1962 (2. Teil)

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

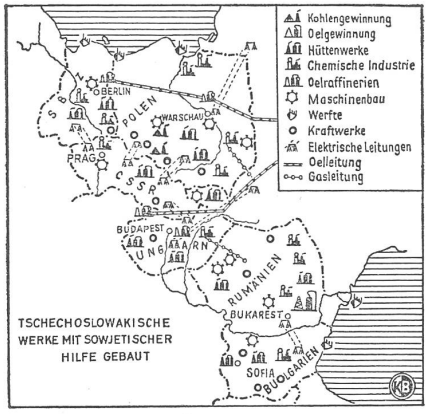
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Chronik der kommunistischen Staaten im Jahr 1962 (2. Teil)



Tschechoslowakei

1. 1. In seiner Neujahrsansprache teilt der Partei- und Staatschef Novotny mit, dass die chemische Industrie im abgelaufenen Jahr ihr Soll übererfüllt habe. Dagegen wurde der Plan in den Sektoren Landwirtschaft, Investitionen, Konsumgüter nicht erreicht. (Laut späteren Angaben wurde die industrielle «Globalproduktion» zu 99,8 Prozent erfüllt.) Geburtenrückgang hält an.

1. 1. Das neue Strafgesetz (vom 29. 11. 61) tritt in Kraft. Umfangreiche Bestimmungen zu Wirtschaftsvergehen. Für politische Delikte bleibt Todesstrafe.

11. 1. Ein Keramiker, Jiri Kemrs, wird zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, weil er seine Werke zu teuer verkaufte.

17. 1. Regierungsbeschluss über Aufnahme an Hoch- und Mittelschulen unter Berücksichtigung des «Klassengesichtspunkts».

6. - 7. 2. ZK-Sitzung. Der stellvertretende Ministerpräsident und ehemalige Innenminister Rudolf Barak wird wegen «Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit» aus der Partei ausgestossen und verhaftet. (Barak war im Vergleich zu Novotny ein «gemässigter» Stalinist gewesen; sein Sturz findet bezeichnenderweise den Beifall Tiranas.)

1. 3. Reorganisation der Maschinen- und Traktorstationen (MTS) unter Zusammenlegung und Verrechnung nach Rentabilitätssystem.

1. 3. Eröffnung des ersten atheistischen Museums der CSSR in Karlovy Vary (Karlsbad).

20. 3. Session des Zentralrates der Gewerkschaften: Ueber 75 000 Arbeiterbrigaden stehen im Wettbewerb um den Titel einer «sozialistischen Arbeitsbrigade» (Mehrarbeit).

22. 3. Bericht von «Prace», Prag: In den Ostrauer Kohlengruben wanderten 99 Prozent der im Vorjahr zugezogenen Arbeiter bis zum Frühling wieder ab.

20. 4. Barak wird — jetzt wegen Veruntreuung — zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt.

1. 5. Versorgungsschwierigkeiten und gewisse Preiserhöhungen werden in der Parteipresse zugegeben.

9. 5. Novotny kündet Amnestie für einen Teil der politischen Gefangenen an. Nicht in ihren Genuss kommen unter anderem Terroristen, Hochverräter und Spione.

9. 5. Novotny kündet fünfjährige Arbeitspflicht für Absolventen von Hoch- und Mittelschulen an.

30. 5. Der 12. Parteikongress, der laut ZK-Beschluss vom 12. 4. am 16. 10. eröffnet werden sollte, wird auf Dezember verschoben.

31. 5. - 6. 6. Mobido Keita, Präsident Malis, in der CSSR.

10. 6. 20. Jahrestag der Zerstörung von Lidice. Keine Erwähnung der britischen Vorbereitung zum damaligen Attentat gegen Reichsprotektor Heydrich.

5. 7. Einführung der obligatorischen Ablieferungspflicht auch landwirtschaftlicher Zwergwirtschaften.

10. - 11. 7. Das ZK der KPC bestätigt in seiner Sitzung das Projekt der neuen Parteistatuten, die in ihrer Konzeption stalinistischer sind als das entsprechende Dokument der KPdSU.

24. 7. Veröffentlichung des Statutenprojekts und Eröffnung einer «nationalen Diskussion» darüber zuhanden des Parteikongresses.

16. - 28. 7. Tschechoslowakische Industrie-Ausstellung in London.

1. 8. Bekanntgabe der Industrieleistungen in der ersten Jahreshälfte: Unter dem Plan.

14. 8. Als Vorlage zum Parteikongress wird ein neuer Siebenjahresplan veröffentlicht. Der laufende Fünfjahresplan (1961—1965) wird aufgegeben. Stattdessen ist ein spezieller Plan für 1963 aufzustellen, dem die neue Planperiode 1964—1970 folgen soll.

8. - 23. 9. Vierte internationale Messe von Brno (Brünn), einer spezialisierten Ausstellung für Produkte der Maschinenindustrie.

12. 9. Regierungssitzung. Als Ergebnis wird am

14. 9. bekanntgegeben, dass die gestellten Aufgaben auf fünf wichtigen Sektoren nicht erfüllt wurden: Bergbau, Schwermaschinenbau, Metallurgie, Baumaterialien, Nahrungsmittel.

15. 10. Erster Sektor des Fernheizungssystems von Bratislava (Pressburg) wird in Betrieb genommen.

23. - 25. 11. Auf dem Kongress der Slowakischen KP wird trotz zugegebenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Parteileitung praktisch unverändert wiedergewählt.

4. 12. Eröffnung des 12. Kongresses der Tschechoslowakischen KP. Annahme von Parteistatut und Umstellung auf Siebenjahresplan. Aussenpolitisch offene Kritik an China. Was die Entstalinisierung anbetrifft, wird sie mit Beschuldigungen gegenüber zwei Toten vollzogen: den hingerichteten Titoisten Rudolf Slansky und den verstorbenen Präsidenten Gottwald. Barak werden die illegalen Prozesse der Stalinzeit vorgeworfen.

8. 12. Die abschliessenden Wahlen des neuen ZK belassen die alte Führungsspitze ohne bedeutende Veränderungen an der Macht.

Ungarn

1. 1. Das Jahr beginnt und steht unter dem Zeichen der «innern Koexistenz» nach Kadars neuem Motto (Dezember 1961): «Wer nicht gegen uns ist, ist für uns.»

2. 1. Ankündigung einer Eingliederungsaktion für die 200 000 Zigeuner des Landes.

21. 1. Bericht über die Planerfüllung 1961: Industrieproduktion um 3,5 Prozent über dem Soll, Landwirtschaftsproduktion (laut späterem Bericht vom 17. 2.) dagegen 8 bis 9 Prozent unter dem Soll.

24. 1. «Nepszava» gibt bekannt, dass 45,6 Prozent der Studenten aus Kreisen der ehemaligen Bourgeoisie stammen.

27. 1. Regierungsbeschluss über das Nationalkomitee für technische Entwicklung, das sich in beratender Funktion mit Koordinationsfragen befasst.

11. 2. Perspektivplan der Regierung über eine neue regionale Landeseinteilung veröffentlicht.

25. 2. «Nepszava» berichtet: In einer Kiste zur Verpackung einer Bronzestatue für Präsident Sukarno schmuggelten sich zwei junge Arbeiter ein, die bei der Entdeckung angaben, via Indonesien nach Kuba gewollt zu haben, um Castro ein Denkmal zu bauen. (Die 1962 immer noch zahlreichen Fluchtversuche nach dem Westen werden vom Regime jetzt als «Kindereien» und «Abenteuerlust» verharmlost; kleine Strafen.)

2. 3. KP fordert in ihren Reihen «Ersetzung der politisch schwerfälligen Genossen durch junge dynamische Kräfte».

9. 3. Janos Keserü, stellvertretender Landwirtschaftsminister, ermutigt die Produktion der bäuerlichen Nebenwirtschaften (gegenläufig zur allgemeinen kommunistischen Tendenz ihrer Abschaffung; doch fehlt es im Laufe des Jahres auch nicht an Angriffen auf Nebenwirtschaften und private Viehhaltung).

21. 3. Eine Veröffentlichung lässt erkennen, dass geschiedene Eheleute zuweilen weiterhin in derselben Wohnung leben müssen. Die Wohnungsnot in den Grossstädten steigt.

1. 4. ZK-Beschluss über das vordringliche Interesse der Landwirtschaftsproduktion veröffentlicht.

1. 4. Die Zentrale Kontrollkommission der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (KP) gibt den Ausschluss des früheren Landwirtschaftsministers Imre Doegei aus der Partei bekannt. Vorgeworfen wurde ihm die

Verbreitung regierungsfeindlicher Ansichten. Auch Ivan Altonare, ehemaliger Erfassungs- und Ernährungsminister, wird ausgeschlossen. Beide Männer waren seinerzeit nicht zuletzt für ihre fachliche Untauglichkeit bekannt gewesen.

2. 5. Starke Ueberalterung der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung wird registriert.

8. 5. Ankündigung einer Hochschulreform 1963: Geschichtsunterricht wird auf Parteilinie gebracht.

8. 5. - 11. 5. Schweizerische Ausstellung für Elektromessgeräte in Budapest.

13. 5. Veröffentlichung der neuen Strafprozessordnung. Der oberste Staatsanwalt hat unter anderem die Kompetenz zur beliebigen Verlängerung von Untersuchungshaft und zur direkten Ueberweisung eines Verfahrens an eine höhere Instanz.

18. - 19. 5. Seit seiner Auflösung im Jahre 1957 hält der Schriftstellerverband seine erste Generalversammlung ab. Bekanntgegeben wurde die Freilassung aller Schriftsteller, die im Zusammenhang mit der Revolution von 1956 verhaftet worden waren. Die Diskussion um die «Liberalisierung» in der Literatur wird allgemein.

14. 6. Veröffentlichung der Gesetzesverordnung über Schulpflicht während zehn Jahren (Achtjahresschule, Besuch von Kursen bis zum 16. Altersjahr).

14. 6. Nach einem Ansturm auf die Geschäfte wird amtlich versichert, dass keine Preissteigerungen wie in der UdSSR zu erwarten seien.

17. 6. Erste ungarische Stellungnahme zum Fall Lapusnyik (der abgesprungene ungarische AVO-Offizier war vier Wochen zuvor auf ungeklärte Weise in Wien umgekommen).

27. 6. Josef Poszaki veröffentlicht eine Stellungnahme zu den EWG-Zollsenkungen und droht mit «entsprechenden Zollmassnahmen» ungarischerseits.

26. 7. Bericht über das erste Halbjahr: Industriesoll zu 100 Prozent genau erfüllt. Angeblich viel bessere Landwirtschaftserträge als im Vorjahr, doch zeigt sich bis zum Herbst immer deutlicher ein Engpass in der Fleischversorgung.

2. 8. Der von einer «Tanzlehrerkonferenz» verbotene Twist setzt sich laut Pressebericht dennoch durch.

19. 8. Richtlinien der KP zuhanden des Parteikongresses vom ZK veröffentlicht.

19. 8. Veröffentlichung eines ZK-Beschlusses über den Kampf gegen den «Personenkult». Aus der Partei ausgeschlossen werden 25 Mitglieder, darunter die ehemaligen stalinistischen Parteichefs Matyas Rakosi und Ernö Gerö, ferner Ex-Politbüromitglied Istvan Kovacs. Ein weiterer Prominenter, Karoly Kiss, wird aus dem Politbüro entfernt. Gleichzeitig werden 190 zur stalinistischen Zeit diskreditierte KP-Mitglieder rehabilitiert.
Die Säuberung auf tieferen Stufen halten, namentlich im Justizwesen, im August und September an.

2. 9. Im neuen Schuljahr nehmen bereits nahezu drei Viertel der Mittelschüler am «5+1»-Unterrichtssystem teil (fünf Tage Unterricht, ein Tag Produktionsarbeit).

5. 9. Grundsteinlegung für die «Studentenstadt» in Gödöllö.

9. 9. Der Entwurf der neuen Parteistatuten wird veröffentlicht. Unter anderem sieht er die geheime Wahl vor, ferner die Möglichkeit, gewählte Funktionäre wieder abzusetzen.

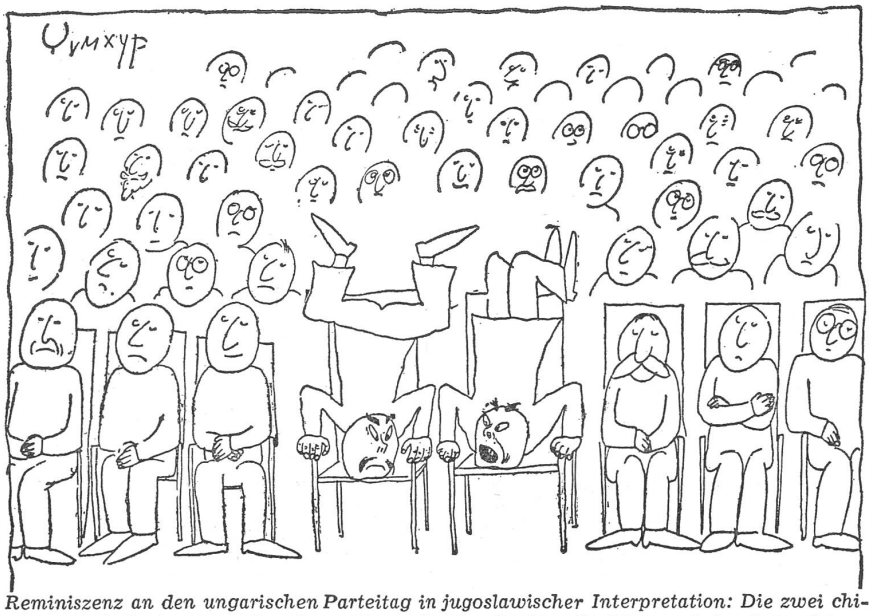
11. - 12. 10. ZK-Sitzung. Darnach wird der Sturz des Parteisekretärs Marosan bekanntgegeben, der vom Politbüro und ZK ausgeschlossen und in Pension geschickt wird. Marosan, der ganz auf die Entstalinisierung gesetzt hatte, war als potentieller Rivale Kadars angesehen worden.

21. 10. Veröffentlichung einer Gesetzesverordnung über Kameradschaftsgerichte.

20. 11. Achter ungarischer Parteikongress. Kadars Linie wird unterstützt, die verschiedenen «Vorschläge» des ZK finden natürlich Billigung. Offene Auseinandersetzung mit den Chinesen betreffend Albanien und Jugoslawien.

24. 11. Die Parteiwahlen ergeben infolge der Vorsäuberungen in Politbüro und ZK nicht mehr allzugrosse Aenderungen. Seines Postens enthoben (offiziell erst durch den Präsidialrat am 27. 11.) wird der Finanzminister Nyers. Zu den Beschlüssen des Parteitags gehören noch die Bildung von ZK-Kommissionen für Staatswissenschaft und Agitprop.

1. 12. Beschluss des Gewerkschafts-Zentralrates über verstärkte Kontrolle der Arbeiter in den Heimen veröffentlicht.



Reminiszenz an den ungarischen Parteitag in jugoslawischer Interpretation: Die zwei chinesischen Delegierten zueinander: «Komisch, wie alle hier die Welt verkehrt betrachten.»

Polen

1. 1. Das staatliche Reisebüro «Orbis» organisiert ab Jahresbeginn erstmals in der polnischen Geschichte Reisen um die Welt.

1. 1. Die Vereinigte Polnische Arbeiterpartei (KP) hat 1,3 Millionen Mitglieder.

1. 1. Die Werften des Landes haben für das Jahr Bauaufträge für 57 Hochseeschiffe (35 für ausländische Besteller) mit einer Gesamttonnage von 306 000 dwt.

1. 1.—31. 12. Die Personalausweise aus dem relativ liberalen Jahr 1957 verlieren ihre Gültigkeit, während diejenigen aus Stalins Todesjahr 1953 weiterhin benutzt werden können. Das Identitätspapier ist obligatorisch und enthält Vermerke über jeden Arbeitsplatzwechsel.

31. 1. Abschluss eines zweijährigen Kulturabkommens mit Frankreich.

6. 2. Das statistische Amt gibt die Zahlen für 1961 bekannt: Wirtschaftsplan zu 102,7 Prozent erfüllt, Landwirtschaftsplan gar zu 106 Prozent (in Polen dominieren noch die Privatbauern).

9.—10. 2. Auf dem Landeskongress wird die rückläufige Tendenz der Kollektivierung beanstandet. Die Fläche der Kolchosnebenwirtschaften wird auf 0,6 ha, die private Rindviehhaltung auf zwei Stück beschränkt.

20. 2. Verordnung des Finanzministeriums über Buchführung der Kirche: engere Kontrolle. Kardinal Wyschinski fährt im Februar nach Rom (im Herbst dann wiederum zum Konzil).

22. 2. Frauen werden für gleiche Arbeit um 30 Prozent schlechter entlöhnt als Männer («Zycie Warszawy»).

26. 2. Gomulka unterzieht auf einer Wojewodschaftskonferenz der KP die Wirtschaftspolitik einer eingehenden Kritik.

9. 3. Aenderung im Anstellungsverhältnis der Aerzte angekündigt (Vollamtlichkeit). Das System wird im Laufe des Jahres eingeführt.

19. 3. Misstrauen zwischen der VPAP (KP) und ihrer Satellitenorganisation, der Vereinigten Polnischen Bauernpartei (VPBP) wird zugegeben.

28. 3. Verkauf von drei Zuckerfabriken an die Sowjetunion.

28. 3. Gewerkschaften und «Sozialistischer Jugendverband» veröffentlichen gemeinsamen Beschluss über Mehrarbeit in den «sozialistischen Arbeitsbrigaden».

13. 4. Gomulkas Aussenhandelsrede in Lodz: «Der Export stellt eine Form der Erfüllung unserer ideologischen Parteiaufgaben dar.» Der Parteichef gibt auch bekannt, es müssten 1,2 Millionen Tonnen Getreide aus dem Westen eingeführt werden statt der geplanten einen Million.

4. 5. Quartalsbericht über Landwirtschaft: zu wenig Fleisch, Eier, Milch.

4. 5. Bei personellen Umstellungen in der Regierung wird der langjährige Vizeminister im Justizministerium, ZK-Mitglied Antoni Alster, in das Ministerium für Kommunalwirtschaft abgeschoben.

12. 5. Eine neue atheistische Zeitschrift («Zeszytry Argumentow») beginnt ihr Erscheinen mit einem heftigen Angriff auf Wyschinsky. Die Spannungen zwischen Staat und Kirche werden im Laufe des Sommers noch verschärft. Im August gibt das Unterrichtsministerium die Uebernahme aller von Ordensleuten geführten Schulen und Waisenhäuser bekannt, worauf der polnische Primas unverhüllt von einem Krieg gegen die Religion spricht.

29.—30. 5. Plenarsitzung des Obersten Komitees der Vereinigten Volkspartei, einer weiteren Satellitenpartei der VPAP. Betont wird die gleiche Zielsetzung wie die KP.

3. 6. Passive Handelsbilanz Polens gegenüber den Ostblockstaaten wird bekanntgegeben.

11.—16. 6. Aussenminister Rapacki in Kuba.

30. 6. Ende Juni übersteigt die Mitgliederzahl der Agrarzirkel (zwischen privater und kollektiver Bebauung) eine Million.

11. 7. Neues Wohnungsgesetz im Zeichen der Wohnungsnot veröffentlicht (unter anderem Regelung von Zwangseinquartierung).

30. 7. Neues Familiengesetz. Unter anderem Erhöhung des Heiratsalters für Männer von 18 auf 21 Jahre.

3. 9. Schuljahr beginnt mit fast 7,5 Millionen Schülern. Mangel an Schulräumlichkeiten und Internaten (Zunahme der Schülerzahlen plus Zunahme der durchschnittlichen Bildungsdauer).

6. 9. Warenpreise seit Juli 1961 durchschnittlich um 6,1 Prozent gestiegen («Zycie Warszawy»).

9. 9. Beim Erntefest in Warschau gibt Gomulka schlechtere Ernteergebnisse als im Vorjahr bekannt.

27. 9. Erster Prozessbericht über die Verurteilung eines Geistlichen (wegen «Hetze») in der polnischen Presse seit sechs Jahren.

27. 10. Friedrich Dürrenmatt trifft in Polen ein, wo mehrere seiner Werke aufgeführt werden.

22. 11. Am 5. Kongress der polnischen Gewerkschaften spricht Gomulka über wirtschaftliche Schwierigkeiten des Landes (Aussenhandel, Zwang zur Einfuhr von westlichem Getreide — wiederum 2,5 Millionen Tonnen) und kündigt die nachträgliche Kürzung des Investitionsplanes an. Auch andere Plankorrekturen angeordnet. Die sowjetischen Wirtschafts- und Parteireformen vom November erregen in Polen lebhaftes Interesse.

SBZ

9. 1. Flucht von 24 Passagieren des DDR-Schiffes «Fritz Heckert» in Casablanca.

25. 1. Verkündung des neuen Fahneneids der Nationalen Volksarmee (NVA).

7. 2. Verkündung der Wehrpflicht auch für Ostberlin.

3. - 13. 3. Leipziger Frühjahrsmesse.

5. 3. Unterzeichnung des Handelsabkommens 1962 und eines Kreditabkommens zwischen Moskau und Pankow (nach Geheimbesprechung Chruschtschew—Ulbricht in Moskau am 26./27. 2.).

25. 3. Beschluss der Nationalen Front über «Die geschichtlichen Aufgaben der DDR und die Zukunft Deutschlands».

24. 5. Staatsrat beschliesst eine Justizreform.

25. 5. Berichte über ein Kreditgesuch der SBZ an die Bundesrepublik werden bestätigt.

1. - 9. 9. Leipziger Herbstmesse.

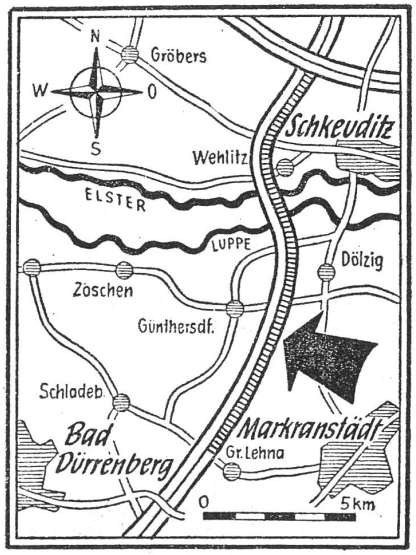
15. 9. 29 Ostberlinern gelingt die Flucht durch einen Tunnel nach Westberlin.

10. 10. Parade in Stettin schliesst erste gemeinsame Manöver sowjetischer, polnischer und sowjetzonaler Truppen ab.

23. 11. Entwurf zum neuen Programm der SED veröffentlicht.

30. 11. Volkskammer beschliesst Volkswirtschaftsplan 1963 und Gesetz über Staatshaushaltsplan 1963.

Während des Jahres verschiedene RGW-Tagungen chemische Industrie.



Der Ausbau der Autobahnstrecke Schkeuditzer Kreuz—Bad Dürrenberg (Sachsen) erfolgt im Zuge der Militarisierung der SBZ. Das neugebaute Autobahnstück dient in erster Linie strategischen Zwecken. In unmittelbarer Nähe dieser Autobahn sind zahlreiche motorisierte Regimenter der sowjetzonalen Armee stationiert.

Tschu En-lai

Fernost

(Volksrepubliken China, Korea, Vietnam, Mongolei)

1. 1. Der neue Staatsrat (Aenderungen und Säuberungen vom 26. 12. 61) tritt in Peking zusammen.

1. 1. Der Bau einer chinesisch finanzierten 231 km langen Strasse in Yemen ist beendet. Peking schickte bei der Gelegenheit Hunderte von Experten in das Königreich.

9. 1. China erneuert seine Gebietsforderungen im Gilgitgebiet von Kaschmir gegenüber Pakistan.

9. 1. Unterzeichnung eines Kreditabkommens für Albanien in Peking.

23. 1. Kulturabkommen China—UdSSR unterzeichnet.

23. 1. Handelsabkommen Nordkorea—Albanien.

25. 1. - 29. 1. Das zweite ZK-Plenum der mongolischen KP ist auf Moskau abgestimmt und widmet sich der Entstalinisierung.

6. - 8. 3. Plenarsitzung des ZK der KP Nordkoreas (Nodong Dang).

10. 3. Abkommen über Zusammenarbeit Nordvietnam—Laos unterzeichnet.

27. 3. - 16. 4. Die dritte Session des Zweiten Nationalen Volkskongresses in Peking muss sich angesichts der Versorgungskrise (unter anderem halten die Lebensmitteleinkäufe im Westen an) mit einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik befassen. Der Landwirtschaft wird Priorität vor der Leicht- und Schwerindustrie zuerkannt.

5. 4. Eröffnung einer schweizerischen Photoausstellung in Schanghai.

11. 4. Notenaustausch China—Indien betreffend die Grenzfragen und ein Handels- und Verkehrsabkommen.

24. 4. - 28. 4. Der 8. Kongress der mongolischen Gewerkschaften führt die Entstalinisierung durch.

13. 5. Gewaltiger Flüchtlingsstrom aus China nach Hongkong. Die dortigen Behörden sehen sich zu einer Grenzsperre veranlasst.

31. 5. Aus dem Tibet werden lokale Aufstandsversuche in der zweiten Monatshälfte gemeldet.

31. 5. Feierliche Begehung des 800. Geburtstages von Dschingis Khan in Ulan Bator.

7. 6. Die Mongolische Volksrepublik als erster nichteuropäischer kommunistischer Staat wird in den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW = Comecon) aufgenommen, während die übrigen asiatischen Volksrepubliken weiterhin ausgeschlossen bleiben. Damit wird die Zugehörigkeit der Mongolei zum sowjetisch ausgerichteten Ostblock manifestiert.

28. 6. Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Laos.

4. 7. Drastische Erhöhung der Reis- und Getreidepreise von Nordvietnam.

27. 7. Das in Genf geschlossene Abkommen über die Neutralität in Laos hindert in der Folge China nicht an der Fortführung der bewaffneten Infiltration.

12. 8. Der Druck von acht Millionen chinesischen Lehrbüchern mit lateinischen Schriftzeichen für Primar- und Mittelschulen ist abgeschlossen.

29. 8. Zwischenfälle an der sino-indischen Grenze.

4. 9. Beschluss über Zentralisierung der Verwaltung in der «Autonomen Region Tibet».

4. 9. Auf dem dritten ZK-Plenum der mongolischen KP in Ulan Bator wird D. Tümur-Ochir im Zeichen der Entstalinisierung aus der Partei ausgeschlossen.

30. 9. Der Nationalfeiertag der VR China steht unter dem Zeichen der vom ZK-Plenum (24. bis 27. September unter dem Vorsitz von Tschu En-lai) veröffentlichten Richtlinien für 1963. Dem Kampf gegen den «Revisionismus» (das heisst Moskau) wird ein vorderster Platz eingeräumt. Innenpolitisch zeigt sich das Versagen der Landwirtschaft in der faktischen Verschiebung des Schwergewichts von den landwirtschaftlichen Volkskommunen weg vermehrt auf die Produktionsbrigaden. Die Stadtkommunen sind praktisch überhaupt fallengelassen worden.

10. 10. Die allgemeinen Wahlen für die dritte Oberste Volksversammlung Nordkoreas bringen das erste hundertprozentige Wahlergebnis der Geschichte!

20. 10. Beginn der chinesischen Offensive an der indischen Grenze (MacMahon-Linie) im Himalaya-Gebiet. In der Folge rascher Vormarsch in Indien.

22. 11. Peking verkündet Waffenstillstand mit Indien, der am

1. 12. in Kraft tritt. Rückzug der chinesischen Truppen aus einem Teil des besetzten Gebietes.

26. 12. Bekanntgabe eines provisorischen Grenzabkommens zwischen Pakistan und China über die Kaschmir-Grenze (mit einer Abwarteklausel bezüglich Grenzregelung Indien—Pakistan).

26. 12. Grenzabkommen China—Mongolische Volksrepublik wird unterzeichnet.

Kuba

22. 1. - 31. 1. Die Aussenministerkonferenz der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) findet in Punta del Este (Uruguay) statt und beschliesst, Kuba aus der OAS auszuschliessen.

3. 2. Präsident Kennedy verkündet ein Handelsembargo gegen Kuba, mit Ausnahme gewisser Lebensmittel und Medikamente.

8. 2. Argentinien bricht die diplomatischen Beziehungen zu Kuba als 14. amerikanischer Staat ab.

10. 3. Gründung eines 25köpfigen Direktoriums der Revolutionsregierung auf Kuba.

12. 3. Castro verkündet die allgemeine Rationalisierung der wichtigsten Konsumgüter (unter anderem Fleisch, Hülsenfrüchte, Reis, Seife).

23. 3. Castro übernimmt den Posten des 1. Sekretärs der «integrierten Revolutions-Organisationen». Raul Castro wird sein Stellvertreter.

25. 3. Raul Cestro wird zum Vize-Ministerpräsidenten ernannt.

29. 3. - 3. 4. Prozess gegen 1182 Gefangene der missglückten Invasion vom 17. 4. 1961 vor einem Militärgericht.

3. 4. Ecuador bricht die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab.

8. 4. Verkündung der Urteile im Prozess gegen die 1182 Gefangenen: Verlust der Staatsbürgerschaft, Geldstrafen von US $ 25 000 bis 500 000 bzw. Gefängnisstrafen bis zu 30 Jahren.

1. 5. Castro gibt die Ueberwindung des Analphabetentums auf Kuba bekannt (vor drei Jahren noch ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung).

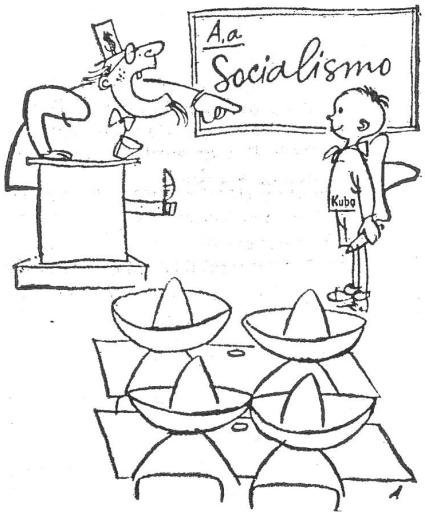
16. 6. Gegen öffentliche Hungerdemonstrationen in Cardenas werden Panzer und Truppen eingesetzt.

20. 8. Presseberichte bestätigen, dass zwischen dem 27. und 31. Juli 20 sowjetische Frachter mit 3000 bis 5000 Technikern und grossen Mengen Gütern und Waffen in vier kubanischen Häfen gelandet seien.

2. 9. Sowjetisch-kubanisches Communiqué über sowjetische Militärhilfe an Kuba.

12. 9. Warnung der UdSSR an die USA, dass ein Angriff auf Kuba oder für Kuba bestimmte sowjetische Schiffe Krieg bedeuten würde.

26. 9. Der amerikanische Kongress ermächtigt Kennedy, falls nötig Gewalt gegen eine kommunistische Aggression oder Subversion von kubanischen Basen anzuwenden.



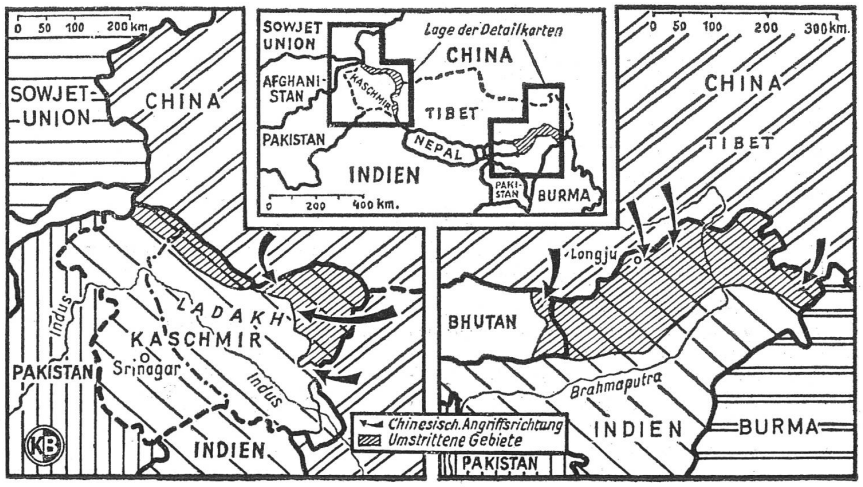
Onkel Sam in der kommunistischen Karrikatur: «Weg mit Dir, Fidel. Ich dulde keine Alphabeten in meiner Klasse.»

22. 10. Kennedy deckt den Bau von Raketenabschussrampen und die Erstellung offensiver Raketen in Kuba auf. Die USA verhängen eine Teilblokkade über Kuba, um die Lieferung sowjetischer Offensivwaffen zu stoppen, und verlangen eine Sondersitzung des Sicherheitsrates der Uno.

28. 10. Chruschtschew stimmt auf amerikanischen Druck hin dem Abbau der Sowjetbasen auf Kuba zu sowie dem Rücktransport der Offensivwaffen nach der UdSSR.

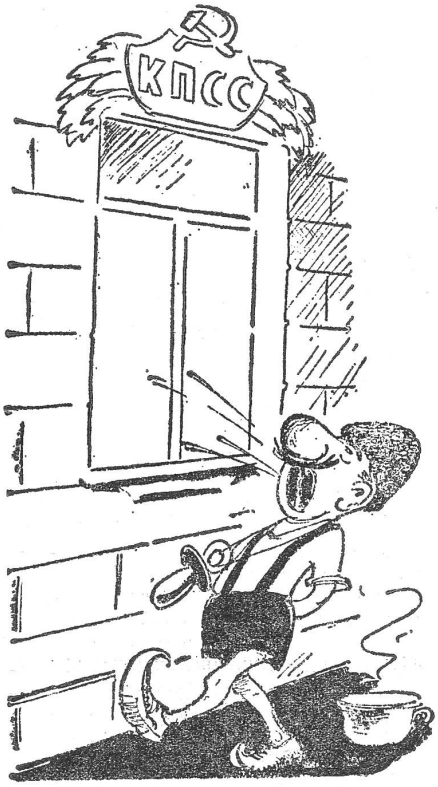
30. - 31. 10. U Thant begibt sich nach Kuba.

24. 12. Freilassung von 1113 gefangenen Exilkubanern gegen die Lieferung von Waren im Wert von 53 Mio Dollar, die von privater Seite aufgebracht wurden.



Albanien

trat im Laufe des Jahres in immer vehementere Feindschaft zu Chruschtschew und dem Sowjetblock. Im Dezember wurde auch der Ausschluss aus dem Comecon offiziell bestätigt. Drei Viertel des Aussenhandels mit China. Die Wirtschaftsisolation durch die europäischen Volksdemokratien ist vollständig.



In seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 12. Dezember hatte Chruschtschew erklärt: «Die albanischen Führer handeln wie dumme kleine Kinder. Jemand (das heisst Mao) hat ihnen unflätige Redensarten beigebracht und nun gehen sie den Fenstern entlang und brüllen Schimpfworte an die Adresse der KPdSU. Für ihre Grobheiten bekommen sie die versprochenen drei Kopeken. Lernen sie dann besser und geistreicher zu schimpfen, kriegen sie gar einen Fünfer und werden gepriesen.»

Die Illustration zum Zitat stammt aus der sowjetischen Zeitung «Bakinski Rabotschi».

Politik

Nordkorea

Der Entscheid für Peking

In den seit langem schwelenden und in letzter Zeit immer offenkundiger werdenden Differenzen zwischen Moskau und Peking spielen die asiatischen Satelliten eine nicht unmassgebliche Rolle. Besondere Bedeutung kommen dabei der Aeusseren Mongolei (Mongolische Volksrepublik) und Nordkorea zu, weil diese unmittelbar sowohl an sowjetisches als auch an chinesisches Gebiet angrenzen. Während die Mongolei seit jeher zwischen Moskau und Peking eine Sonderstellung eingenommen hat und einnimmt, während sie immer wieder versucht, das Spannungsverhältnis zwischen Moskau und Peking für die eigenen Belange nach Möglichkeit zu nützen und sich dementsprechend ideologisch auszurichten, war Korea seit Jahrhunderten durch mannigfaltige politische Fäden mit dem alten China verbunden. Diese Verbundenheit wurde noch durch den Vertrag von Shimonoseki, als sich die Japaner Vorrechte in Korea sicherten, verstärkt; dann auch dadurch, dass das zaristische Russland gewisse Interessen politischer Art für das Halbinselreich zeigte.

An dieser historischen Situation hat sich auch, als die Kommunisten in Peking und Pyongyang die Macht übernahmen, nicht sonderlich viel geändert. Moskau hat unter dem Deckmantel der «brüderlichen Einheit des Kommunismus» versucht, seine politisch-strategische Herrschaft auch auf Nordkorea auszudehnen. Bis Ende des Jahres 1961, das heisst auch noch nach dem 22. Kongress der KPdSU, nahmen die nordkoreanischen Kommunisten, angesichts der bereits offen zutage getretenen Differenzen zwischen Peking und Moskau, eine abwartende Haltung ein. Diese wurde deutlich, als die koreanischen Kommunisten in der albanischen Frage sich weder für die eine noch für die andere Gruppe entschieden. In einer Botschaft vom 8. November 1961 zum 20. Jahrestag der Albanischen Arbeiterpartei wird Enver Hodscha zwar nicht ausdrücklich erwähnt und der Sowjetunion der Führungsanspruch innerhalb des Ostblocks zuerkannt, dennoch aber gewinnt man gerade aus dieser Botschaft den Eindruck eines Lippenbekenntnisses zum Zweck, die offene Tür zu Peking zu verschleiern.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1962 erschienen in allen führenden Zeitungen Nordkoreas gleichlautende Artikelserien, in welchen von verschiedenen Gesichtspunkten her — politisch-ideologisch, wirtschaftlich, soziologisch usw. — heftige Angriffe gegen die «Tito-Clique» und deren Ideologie, den modernen Revisionismus, geführt wurden. Diese Tendenz, durch welche man sich von nordkoreanischer Seite her eindeutig zum «gelben Kommunismus» unter Führung Pekings zu bekennen scheint, ist weiter beibehalten worden und bedeutet für Moskau in Asien innerhalb des Ostblocks zunächst vorerst einen politischen Rückschlag, dessen Auswirkungen noch abzuwarten sind.

Der eingeschlagene Kurs wurde Ende Oktober von Kim Il Sung, in seiner Rede vor der Obersten Volksversammlung, bestätigt. Im aussenpolitischen Teil seiner Rede, die im wesentlichen auf die afro-asiatischen Länder abgestimmt ist, wird die Sowjetunion nicht mehr als «Zentrum des sozialistischen Lagers» angesprochen. Es heisst lediglich, dass das «sowjetische Volk die Strasse zum Kommunismuus bahnt». Kurz darauf wird aber sofort festgestellt, dass die «Volksrepublik China fest im Herzen Asiens als eine grosse sozialistische Macht» stehe und dass ihr internationaler Einfluss immer weiter zunehme.

Darüberhinaus hat auch Kim Il Sung den Terminus «moderne Revisionisten» im Sinne der Pekinger ideologischen Auslegung übernommen. Es wird zwar nicht ausdrücklich auf die Moskauer Erklärung von 1960 hingewiesen, welche Peking immer und bei jeder Gelegenheit zitiert, aber der Terminus wird einfach in der Pekinger Auslegung übernommen. Mit dieser programmatischen Rede Kim Il Sungs dürften sich die nordkoreanischen Kommunisten zumindestens für die nächste Zeit gestandpunktet haben und sind damit eindeutig auf die traditionelle historische Linie zurückgekehrt.

Die Differenzen zwischen Moskau und Peking sind, obwohl man sie nicht überschätzen darf, des weiteren ein Beweis dafür, dass auch der ideologische Ueberbau des Kommunismus keineswegs in der Lage ist, historische Bindungen zu trennen und historisch gegebene Spannungsverhältnisse auszugleichen, sondern diese eher durch das rein materialistische Machtstreben der Grosspartner verschärft. Die immer wieder beschworene «Einheit des sozialistischen Lagers» führt sich damit von selbst ad absurdum. Damit verliert auch die vielzitierte und Angst einflössen sollende Quantitätstheorie, mit der sowohl von kommunistischer Seite als auch von gewissen westlichen Kreisen gern operiert wird, an Gewicht. N. O.

Wirtschaft

Ostblock

Anpassung

Die Comecon-Länder wollen allmählich doch wertmässige Vergleiche für ihre gegenseitigen Lieferungen.

Der polnische Aussenhandelsminister Witold Trampczynski erklärte in einem Interview für die Zeitung «Zycie Warszawy» (28. Dezember 1962), dass die Aussenhandelskommission des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe in den vergangenen Monaten eine genaue Analyse der RGW- und Weltmarktpreise unternommen hat.

Als Ergebnis dieser Untersuchungen, sagte der Minister, schlug die Kommission eine Abänderung aller Preise vor, die von den gegenwärtigen Weltmarktpreisen abweichen. Als Grundlage werden die durchschnittlichen Weltmarktpreise der Jahre 1957—1960 dienen. Diese Aenderungen sollen gemäss den in dem RGW-Raum üblichen Gepflogenheiten in Form von Vereinbarungen durchgeführt werden.

Handel

West/Ost

Die Rohrlieferungen

Von der keineswegs sicheren japanischen Stellungnahme wird es abhängen, ob ein Boykott der Nato-Staaten bezüglich Rohrlieferungen an die UdSSR verwirklicht werden kann.

Der rasche Ausbau der Comecon-Pipeline, die der sowjetischen Erdöloffensive dient, ist nur dank westlichen Lieferungen von Rohmaterial möglich gewesen.

Nach einem Bonner Bericht soll die Bundesregierung auf Grund eines Nato-Beschlusses den Export von Rohren und Rohrleitungen aus Stahl mit einem Durchmesser über 19 Zoll genehmigungspflichtig erklärt haben. Dieses Vorgehen geht auf eine amerikanische Initiative zurück; sie soll von allen Nato-Staaten, auch von Japan befolgt werden.

Mit dieser neuen Verfügung werden die westdeutschen Firmen Mannesmann AG, Phoenix-Rheinrohr AG und Hoesch AG den sowjetischen Auftrag für 240 000 t Röhren (800 km) nicht ausführen können.